

**Antrag 77/I/2025****FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Wachstum und Wohlstand nachhaltig sichern durch gute Arbeit und einen zukunftsfähigen, ökologischen und innovativen Industriestandort**

1 Wir befinden uns in einer Zeit der Umbrüche. Wie über-  
2 all ist auch die Berliner Industrie seit Jahren in einem  
3 umfassenden Transformationsprozess. Und wie in ande-  
4 ren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen hat  
5 sich der Druck durch die Krisen der letzten Jahre erhöht,  
6 Veränderungen umfangreicher und vor allem schneller  
7 anzugehen. Das betrifft besonders die Energiewirtschaft  
8 und daraus folgend die Industrie, die nicht nur auf ver-  
9 lässliche und bezahlbare Energie angewiesen ist, sondern  
10 auch den Weg zu einer CO2-neutralen Produktion zügi-  
11 ger angehen muss. Die Berliner Industrie kann mit dem  
12 Umfeld einer hervorragenden Forschungs- und Wissen-  
13 schaftlandschaft in dieser Entwicklung Innovations- und  
14 Umsetzungstreiber sein. Zudem ist die Hauptstadtregi-  
15 on Berlin-Brandenburg schon heute DIE Region mit einem  
16 hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz stei-  
17 gend. Brandenburg mit seinen großen umliegenden Flä-  
18 chen und dem Fokus auf Erneuerbare Energien ist hierbei  
19 eine nahezu kongeniale Partnerregion. Nachhaltige grüne  
20 Produktion ist in Berlin-Brandenburg möglich.

21  
22 Neben den traditionellen Industriestandorten wie zum  
23 Beispiel Siemens und BMW in Spandau, das Gasturbi-  
24 nenwerk von Siemens Energy in Moabit, Bayer im Wed-  
25 ding und Friedrichshain, Mercedes, Gillette und GE in Tem-  
26 pelhof, industriellen KMUs in Lichtenberg und Adlershof  
27 sind seit Jahren Betriebe der Innovations- und Digitalisie-  
28 rungsbranche sowie viele StartUps aus der Berliner Wirt-  
29 schaft und Industrielandschaft nicht mehr wegzudenken.  
30 Dies wertet den Wirtschaftsstandort Berlin in hohem Ma-  
31 ße auf und stärkt die damit verzahnten Bereiche der di-  
32 rekten industriellen Wertschöpfung. Denn Berlin ist mit  
33 über 100.000 Industriearbeitsplätzen und weiteren bis zu  
34 90.000 Arbeitsplätzen in der StartUp-, Digitalisierungs-  
35 und Innovationslandschaft ein starker und innovativer  
36 Industriestandort, dessen Potenziale längst noch nicht  
37 ausgeschöpft sind. Diese sind häufig nicht tarifgebunden  
38 und mitbestimmt.

39  
40 Industrieunternehmen sind tarifgebunden und durch  
41 mitbestimmte gute Arbeit gekennzeichnet. Vergleichs-  
42 weise hohe Einkommen in der Industrie sichern wieder-  
43 um starke Binnenkaufkraft, die sich stabilisierend auf  
44 die Dienstleistungsstruktur der Berliner Stadtgesellschaft  
45 auswirkt. All das ist nicht selbstverständlich und bedarf  
46 tagtäglicher Arbeit und Fokussierung.

47

48 Die Poly-Krise aus den schwierigen Coronajahren, dem  
49 völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukrai-  
50 ne hat zu einer angebotsgetriebenen Inflation, globalen  
51 Lieferkettenengpässen und überteuertener Energie geführt.  
52 Die zweite US-Trump-Administration mit ihrer absurden  
53 Abschottungs- und Zollpolitik wird die Lage der deutschen  
54 und damit auch Berliner Industrie weiter verschärfen.

55  
56 Hinzu kommt der viel zu lange ignorierte Fachkräfteman-  
57 gel, dem unter anderem durch konsequente Bindung der  
58 eigenen Belegschaft mit guter Arbeit, Qualifizierung und  
59 Weiterbildung sowie durch eine Ausbildungs-offensive be-  
60 gegnet werden muss. Und auch die Auswirkungen der  
61 massiven Veränderungen in der Umwelt und beim Klima  
62 erfordern ein schnelles Handeln und eine konsequente  
63 Dekarbonisierung auch der Industrie.

64  
65 Berlin und auch Brandenburg haben aber als Produktions-  
66 , Wissens- und Energiestandort hervorragende Vorausset-  
67 zungen, um die zentralen Herausforderungen unserer Zeit  
68 mit guten Konzepten zu lösen. So kann sich die Region  
69 zum Vorreiter CO2-neutraler Produktion entwickeln und  
70 auch zusätzliche Industrieproduktion und -arbeitsplätze  
71 durch Re-Shoring (Rückholung) von wichtigen Produk-  
72 ten im Pharma-/Gesundheits-, Mobilitäts- und Energie-  
73 bereich aufbauen – mit dem Ziel die Wirtschaftsstruktur  
74 weiter zu diversifizieren und zu stärken.

75  
76 Durch eine gute Industrie- und Standortpolitik mit ei-  
77 ner gesteuerten und umsichtig durchgeführten Trans-  
78 formation kann die Hauptstadtregion starke industriell-  
79 le Wachstumsimpulse auslösen, die sich über die Gren-  
80 zen der Stadt, mindestens auf die gesamte Hauptstadt-  
81 region Berlin-Brandenburg, aber auch auf die gesamte In-  
82 dustriellandschaft Ostdeutschlands auswirken können. So  
83 würde Berlin nicht nur im Vergleich mit anderen euro-  
84 päischen Hauptstädten aufholen, sondern endlich auch  
85 im innerdeutschen Vergleich zur Wirtschaftskraft anderer  
86 vergleichbarer Regionen aufschließen.

87  
88 **Wo stehen wir?**

89 Berlin hat in den letzten Jahren seine industrielle Struk-  
90 tur und die ca. 105.000 Arbeitsplätze halten können. Al-  
91 lerdings wurden die vorhandenen Wachstumspotenzia-  
92 le oftmals nicht ausgeschöpft. Unterstützung beispiels-  
93 weise bei Kooperationen zwischen den leistungsfähigen  
94 Wissenschafts- und Hochschulbereichen und Berliner Be-  
95 trieben sind ausbaufähig.

96  
97 Zudem spielt die Zusammenarbeit mit Brandenburg zum  
98 Beispiel bei den Clustern Energie(Technik) oder Gesund-  
99 heit eine immer größere Rolle. Durch die Ansiedlung von  
100 Tesla ist Brandenburg zudem ein wichtiger Standort in der

101 E-Mobilität geworden. Die Verbindung Brandenburgs und  
102 Berlin als Wohnort für viele Beschäftigte in Brandenburg,  
103 aber auch bei Themen in Forschung und Entwicklung so-  
104 wie der Fachkräftegewinnung ist offensichtlich und nahe-  
105 liegend.

106

107 Die Abstimmung zwischen den Landesregierungen zu ei-  
108 ner zielgerichteten, abgestimmten und effizienten ge-  
109 meinsame Industriestrategie für die Hauptstadtregion  
110 muss an den derzeitigen industriepolitischen Herausfor-  
111 derungen stetig angepasst und ausgebaut werden. Da-  
112 bei geht es darum, pragmatisch aus den Stärken beider  
113 Länder eine stringente, förder- und ansiedlungsfähige ge-  
114 meinsame Industrielandschaft zu sichern und auszubau-  
115 en

116

117 **Wir können noch viel, viel schneller werden!**

118 In der sozialen, ökologischen und demokratischen Trans-  
119 formation entsteht nachhaltige Konkurrenzfähigkeit  
120 durch Innovation und Schnelligkeit.

121

122 Sozialdemokratische Industriepolitik muss dafür sorgen,  
123 dass günstige Voraussetzungen für Wachstumsprozes-  
124 se der eher mittleren Betriebsgrößen geschaffen wer-  
125 den. Auch wenn Firmenzentralen vermutlich nicht in Grö-  
126 ßenordnungen nach Berlin geholt werden können, gibt  
127 es in der Berliner Industrie genügend leistungsfähige  
128 Industriebetriebe, die beispielsweise bei der Fachkräf-  
129 tegewinnung, Weiterbildung und den dringlich bei an-  
130 stehendem Innovationsdruck benötigten Kooperationen  
131 mit den Hochschulen oder anderen Akteuren Unterstüt-  
132 zung bräuchten.

133

134 Berlin hat seit dem Ende des wiedervereinigungsbeding-  
135 ten Strukturwandels in der Berliner Industrie seit 2005 ei-  
136 nen stabilen Besatz an hochmoderner, wenn auch in der  
137 Regel kleinteiligerer Industrie als in vergleichbaren ande-  
138 ren Regionen Deutschlands. Auf dieser Basis wollen wir  
139 aufbauen und mit einem länderübergreifenden Politikan-  
140 satz Skalierung und Wachstum hier in der Region ermög-  
141 lichen.

142

143 Die Voraussetzungen dafür sind gut: Wir müssen die ak-  
144 tuellen Herausforderungen in den Unternehmen ernst  
145 nehmen und als sozialdemokratische Partei der Ar-  
146 beit gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren DGB-  
147 Industriegewerkschaften Lösungen für Berlin und die  
148 Hauptstadtregion vorantreiben.

149

150 Dafür müssen wir nicht nur räumlich, sondern auch wirt-  
151 schaftlich neue Wege gehen und die Potenziale der Region  
152 nutzen, enger miteinander verzahnen und am Ende eine  
153 Region für gute, zukunfts feste und nachhaltige industri-

154 le Arbeit sein, die Wachstum und Wohlstand in der Region  
155 sichert.

156

157 Mit diesem Beschluss und seinen folgenden wichtigen  
158 Handlungsempfehlungen und Forderungen legt die Ber-  
159 liner SPD die Grundlage dafür.

160

161 **1) Wir machen sozialdemokratische Industriepolitik für  
162 6,4 Mio. Menschen, welche die Standortvorteile Berlins  
163 und der Metropolregion als Ganzes ausspielt**

164 **Standort Berlin / Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**

165 Berlins Wirtschaft ist vorwiegend kleinteilig. Ein indus-  
166 triepolitischer Ansatz für die Region Berlin-Brandenburg  
167 muss daher alle Größenklassen von Unternehmen umfas-  
168 sen und dabei auf die Schaffung diverser, resilienter Öko-  
169 systeme ausgerichtet sein.

170

171 Eine der wichtigsten Zielstellungen der Politik ist es da-  
172 bei, gemeinsam mit den Sozialpartnern, Verbänden, Un-  
173 ternehmensnetzwerken und Transformationsnetzwerken  
174 die Vernetzung und Interaktion zwischen den Unterneh-  
175 men und Branchen zu intensivieren, also zwischen den  
176 Unternehmen der Digitalwirtschaft, des Handwerks, des  
177 verarbeiteten Gewerbes bis hin zum industriellen Groß-  
178 betrieb auf einen engen und regelmäßigen Austausch der  
179 Akteur:innen hinzuwirken.

180

181 Dabei stellen wir auf die Wertschöpfungsketten und die  
182 Vertiefung der Wertschöpfung in der Hauptstadtregion  
183 ab. Daher ist zwangsläufig ein weitreichender, integrati-  
184 ver Ansatz erforderlich, welcher weniger einen speziellen  
185 Technologie- oder Trendfokus einnimmt, sondern auf die  
186 Wachstumschancen der bereits am Standort angesiedel-  
187 ten traditionellen Unternehmen sowie auf Innovationen  
188 und junge Branchen abstellt.

189

190 **Industriepolitik ist für uns deshalb stets auch Innovati-  
191 onspolitik.**

192 Nur dort, wo regelmäßiger Austausch über Ideen und Er-  
193 fahrungen stattfindet, können die Potenziale der Region  
194 gehoben werden. Die Zusammenarbeit bei der Entwick-  
195 lung von Innovationskorridoren ist hier ein gutes Beispiel.  
196 Im Innovationskorridor Berlin-Lausitz sollen unterstützt  
197 durch die enge Zusammenarbeit von Wirtschaftsförde-  
198 rung Brandenburg (WFBB) und der WISTA Energiewende-  
199 lösungen entwickelt und zur Marktreife gebracht werden.  
200 Diese Entwicklung soll fortgesetzt und weiter unterstützt  
201 werden.

202

203 Berlin ist zudem aufgefordert, regelmäßig an dem Bran-  
204 denburger Bündnis für Industrie teilzunehmen und sei-  
205 nen Gaststatus dazu zu nutzen, auf eine engere Ver-  
206 zahnung der Industriepolitik Brandenburgs mit der Ber-

207 liner Industriepolitik hinzuwirken. Der „Strategische Ge-  
208 samtrahmen Hauptstadtregion“ soll ebenfalls weiterent-  
209 wickelt werden.

210

211 Die Intensivierung der Zusammenarbeit beider Länder  
212 bei der gemeinsamen Innovations- und Industriepolitik  
213 kann nur gelingen, wenn sich die Zusammenarbeit auch  
214 in den Institutionen abbildet. Diese notwendige Indus-  
215 triepolitik aus einem Guss für die Hauptstadtregion be-  
216 darf einer kontinuierlichen Abstimmung und politischen  
217 Steuerung. Die beiden Bundesländer Berlin und Bran-  
218 denburg schaffen einen gemeinsamen „Industrieboard“,  
219 in dessen Geschäftsstelle die Steuerung industriepoliti-  
220 schen Aufgaben aus beiden Ländern koordiniert wird.  
221 Der\*Die Vorsitzend\*e des Industrieboards berichtet re-  
222 gelmäßig den Landeskabinetten und ist beratendes Mit-  
223 glied der Aufsichtsgremien der Wirtschaftsförderungen  
224 der Länder Berlin und Brandenburg. So können die bei-  
225 den Industrieländer Berlin und Brandenburg ihre Indus-  
226 triepotenziale in der Konkurrenz der Regionen und ange-  
227 sichts der Herausforderungen der industriellen Dekarbo-  
228 nisierung und Transformation optimal nutzen.

229

### 230 **Resiliente Wertschöpfung**

231 Als die größte Herausforderung und zugleich Chance für  
232 unsere Region sehen wir die Transformation der Wirt-  
233 schaft hin zur Klimaneutralität. Unbeirrt einer erneu-  
234 ten amerikanischen Kehrtwende in der Klimapolitik sind  
235 wir der festen Überzeugung, dass nur eine klimaneu-  
236 trale Wirtschaft die Lebensbedingungen der Menschen  
237 auch in Zukunft bewahren kann und zugleich auch un-  
238 seren künftigen Wohlstand sichern wird. Klimaneutrale  
239 Produkte und Fertigungstechniken aus unserer Region ha-  
240 ben das Potenzial, zum Exportschlager zu werden. Unse-  
241 re Industrie- und Innovationspolitik wird die hiesige Wirt-  
242 schaft auf diesem Weg unterstützen.

243

244 Zugleich besteht in einer möglichst vielfältigen Branchen-  
245 mischung der Wirtschaft in unserer Region die notwendi-  
246 ge Resilienz, um gegenüber gegenwärtigen und zukünftigen  
247 Krisen zu bestehen. Den Erhalt dieser Vielfalt und die  
248 Bereicherung durch neue Ideen, Produkte und Technolo-  
249 gien werden wir daher weiterhin unterstützen.

250

### 251 **2) Stärken ausbauen: Energietechnik – Mobilitätstechnik – Gesundheit/Pharma**

252 Für sozialdemokratische Industriepolitik bedeutet das  
253 auch, dort den Fokus zu setzen, wo bereits eine gute indus-  
254 trielle Basis besteht und es Berlin bei Einsatz seiner Stär-  
255 ken gelingen kann, Benchmarks zu setzen und zukunfts-  
256 und konkurrenzfähige Industrien zu sichern.

257

258 In Berlin sind hierfür drei industrielle Bereiche besonders  
259

260 prädestiniert: Energie- und Mobilitätstechnik sowie die  
261 Pharma- und Medizintechnikindustrie.

262

### 263 **Energietechnik**

264 Durch die Orientierung an das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Kli-  
265 maabkommens erfordert die Klimawende einen Umbau  
266 der Energieversorgung hin zu mehr Unabhängigkeit, Er-  
267 neuerbaren Energie und Dekarbonisierung als Hauptziel  
268 des Umbaus der Energiewirtschaft. Durch den russischen  
269 Angriffskrieg und den daraus resultierenden Verzicht auf  
270 den industriellen Hauptenergieträger russisches Gas hat  
271 sich die Notwendigkeit des energiepolitischen Umbaus  
272 der Industrie weiter verschärft und beschleunigt.

273

274 Die Produktion von Anlagen und Ausrüstungen zur Um-  
275 wandlung, zum Transport und zur Verwendung von Ener-  
276 gie (Energietechnik) hat in Berlin eine große Tradition und  
277 ist mit einem Schwerpunkt in der Turbinentechnik bisher  
278 in starkem Maße auf Anlagen zur Nutzung fossiler Ener-  
279 gieträger sowie auf Ausrüstungen für den Stromtransport  
280 ausgerichtet. Das bietet für verschiedene Berliner Betrie-  
281 be gute Möglichkeiten, ihre Kompetenzen für weitere In-  
282 novationen auf den Feldern regenerative Erzeugung und  
283 Transport von Strom und Wasserstoff sowie Abscheidung,  
284 Transport und Lagerung von CO<sub>2</sub> zu nutzen, und zwar mit  
285 Blick auf den weltweiten Markt.

286

287 Wichtigster Energieträger für eine klimaschonende  
288 Wirtschafts- und Lebensweise wird in Zukunft Strom sein,  
289 so dass der Bedarf an Ausrüstungen für die regenerative  
290 Erzeugung, den Transport und die Umwandlung von  
291 Strom steigen wird. Darüber hinaus wird Wasserstoff als  
292 Energieträger für Teile der (Schwer)Industrie die zentrale  
293 Rolle spielen.

294

295 Hier werden besonders Innovationen im Bereich von Elek-  
296 trolyseuren, wasserstoffbetriebene Turbinen, aber auch  
297 industrielle Energieeffizienz durch Digitalisierung und KI-  
298 Einsatz eine wichtige Rolle spielen. Hinzu kommt der sich  
299 gerade entwickelnde Markt der Speichertechnologien –  
300 allein durch die Nähe zu Brandenburg und seiner in der  
301 Menge nicht zu nutzenden Erneuerbaren Energie besteht  
302 ein riesiges Wertschöpfungsfeld direkt vor den Toren un-  
303 serer Stadt.

304

305

### 306 **Mobilität**

307 Auch die Automobilindustrie steht auf der einen Seite  
308 vor der großen Herausforderung der Antriebswende, al-  
309 so Dekarbonisierung des Antriebs hin zur E-Mobilität. Auf  
310 der anderen Seite erfordert die Mobilitätswende u. a. ei-  
311 ne grundsätzliche Hinwendung zu schienengebundenem,  
312 elektrifiziertem Verkehr, sei es durch die Tram, U- und S-

313 Bahnen oder den Regionalverkehr zur Vernetzung Berlins  
314 in die Hauptstadtregion und damit Vermeidung von un-  
315 nötigen Pendel-Individualverkehren.

316

317 Hinzu kommen Bedarfe nach autonomem Fahren, um  
318 Fachkräftemangel durch Demografie und schwierigen Ar-  
319 beitsbedingungen z.B. durch Schichtverkehre entgegen-  
320 zuwirken. Eine intelligente Vernetzung unterschiedlicher  
321 Verkehre hin zu einem integrierten Verkehrskonzept, der  
322 Ausbau der Ladeinfrastruktur und intelligente Energie-  
323 steuerung durch Smart Homes und bidirektionales Laden  
324 der zunehmenden E-Mobilflotte sind zukünftige Nutzun-  
325 gen, die einen hohen industriellen Skalierungsgrad haben.

326

327 In Berlin gibt es sowohl für den Automobil- als auch  
328 für den Schienenverkehr große industrielle Hersteller, die  
329 sich bereits mit der notwendigen Transformation ausein-  
330 andersetzen, wenn auch nicht immer und überall in der  
331 notwendigen Geschwindigkeit und Konsequenz.

332

333 E-Mobilität und Mobilitätswende sind zentrale Industrie-  
334 bereiche der Zukunft. Berlin bietet auch hier eine hervor-  
335 ragende Basis zur industriellen Sicherung vorhandener Ar-  
336 beit und dessen Ausbau.

337

338 In Berlin arbeiten und forschen Universitäten, Hoch-  
339 schulen, Forschungseinrichtungen, Startups mit  
340 Digitalisierungs- und Innovationsschwerpunkten so  
341 wie traditionelle Ingenieurdienstleister und Forschungs-  
342 abteilungen großer Industrieunternehmen in diesem  
343 Themenfeld und können für viele Bereiche industriell  
344 skalierbare Lösungen anbieten.

345

#### 346 **Pharma- und Medizintechnikindustrie**

347 Insbesondere die Pharmazeutische Industrie, aber auch  
348 die Medizintechnik sind seit jeher stark durch Forschung  
349 und Entwicklung geprägt. Speziell für forschende Pharma-  
350 hersteller ergeben sich aus den hohen FuE-Budgets hohe  
351 Finanzierungsbedarfe und damit auch Risiken; Fehlent-  
352 wicklungen sind oftmals sehr teuer. Umso bedeutsamer  
353 sind erfolgreiche Innovationsprozesse, die stark von Ka-  
354 pitalverfügbarkeit und effektiver Vernetzung mit öffent-  
355 licher FuE (Grundlagenforschung) und anderen Marktteil-  
356 nehmenden abhängen. In der Pharmaindustrie wurden  
357 mittlerweile Unternehmensstrategien auch dahingehend  
358 angepasst, Innovationen durch große Pharmaunterneh-  
359 men teilweise an kleine Spezialisten „auszulagern“.

360

361 Der Nutzen der (in Berlin stark vertretenen) Grundlagen-  
362 forschung an öffentlichen Institutionen und Hochschulen  
363 im Hinblick auf ihren Wert für Produktinnovationen wird  
364 in der Pharmaindustrie allerdings als gering eingeschätzt,  
365 auch wenn sich das im Nachgang der Coronapandemie

366 vor allem im Bereich der Gen- und Zelltherapie stark ge-  
367 ändert hat. Mit der Charité verfügt Berlin zudem über ei-  
368 nen international anerkannten Leuchtturm. In der Medi-  
369 zintechnik hat sich mittlerweile eine gute industrielle Ba-  
370 sis in Berlin etabliert, die es weiter auszubauen gilt.

371

372 Die „Berliner Erklärung: Zukunft Pharma“ von Senat und  
373 Berliner Pharma-Unternehmen geht in die richtige Rich-  
374 tung, in dem sie auf die Steigerung von Investitionen am  
375 Standort Berlin, die Sicherung von Fachkräften und die  
376 Verbesserung der Standortbedingungen abzielt.

377

378 Am Standort Berlin sind inzwischen über 40 führende  
379 Pharmaunternehmen und rund 280 Biotech-Firmen an-  
380 sässig, die zusammen etwa Branche etwa 10.000 Fach-  
381 kräfte beschäftigen und dabei einen Gesamtumsatz von  
382 rund 7,4 Mrd. Euro erwirtschaften.

383

384 Die Lieferengpässe der letzten Jahre im Pharmabereich  
385 haben gezeigt, dass wie in vielen anderen Bereichen wie  
386 zum Beispiel bei Halbleitern und Batterietechnik auch hier  
387 verstärkte „Re-Shoring“-Aktivitäten – also ein Zurückho-  
388 len von Produktion – sinnvoll sein können im Rahmen  
389 einer Resilienzstrategie. Potenziale dafür wollen wir per-  
390 spektivisch im Bündnis mit der Pharmaindustrie und der  
391 zuständigen Gewerkschaft IG BCE prüfen.

392

393 **Unsere Forderungen: Gezielte Förderung und Unterstüt-**  
394 **zung von Tariftreue und Mitbestimmung**

395 In allen drei oben genannten Bereichen arbeiten große  
396 Traditionsunternehmen seit langem in Berlin, sind her-  
397 vorragende Forschungs- und Wissenschaftsstandards vor-  
398 handen und werden durch Startup, KMUs und Hidden  
399 Champions bereits Zukunftstechnologien entwickelt. Die-  
400 se Bereiche zusammenzubringen für einen starken indus-  
401 triellen Kern in der Stadt ist Aufgabe sozialdemokratischer  
402 Wirtschaftspolitik. Das bedeutet im Einzelnen:

- 403 • Etablierung eines Steuerungsformates oder Re-  
404 form des Steuerungskreises Industriepolitik (SKIP),  
405 in dem die regionalen Zukunftsbranchen gemein-  
406 sam betrachtet, Förderungen entwickelt und vor al-  
407 lem die Vernetzung aus FuE, Startups und Inno-  
408 vationstreibern mit der Industrie bearbeitet wird,  
409 um eine industrielle Skalierung in der Hauptstadt-  
410 region und damit mehr und zukunftsichere gute  
411 Industriearbeit in der Region anzusiedeln. Hier sind  
412 vorrangig die Sozialpartner, also die betroffenen Ge-  
413 werkschaften und Unternehmensverbände einzu-  
414 binden.
- 415 • Die Vernetzung von Forschungsergebnissen aus der  
416 öffentlichen Grundlagenforschung mit der Indus-  
417 trie muss stärker ausgebaut werden. Hier sind be-  
418 stehende Konzepte zu prüfen und auf einen bes-



seren Transfer abzielende Konzepte zu entwickeln. Gleichzeitig sollten die Rahmenbedingungen für Transfer und Translation von Grundlagenforschung in die Anwendungsforschung und industriellen Skalierung verbessert werden.

- Investitionen und Kooperationen im Mobilitätsbereich sind vor allem für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu realisieren und unterliegen den Grundsatz der Dekarbonisierung und der integrierten Verkehrspolitik mit Schwerpunkt öffentlicher Verkehre.
- Zukunftstechnologien und deren Entwicklung brauchen Kapital. Instrumente zur öffentlichen Förderung und Finanzierung von öffentlicher FuE sowie privater Startups sind auszubauen. Dabei sollen insbesondere Maßnahmen zur Erschließung privaten Kapitals (Venture Capital und andere Finanzierungsformen) verstärkt werden und weitere Maßnahmen (abgestimmt auf die Maßnahmen des Bundes) zur Aktivierung privater Finanzierung entwickelt werden.
- Unterstützung zur FuE sowie zur industriellen Skalierung ist immer daran zu binden, dass diese in der Region Arbeit sichert und neue schafft. Einer Verlagerung industrieller Skalierung in andere Regionen ist durch Schaffung regionaler Kooperationen mit vor Ort arbeitenden Unternehmen/Betriebsstandorte entgegenzuwirken.

### 3) Innovationsumfeld stärken

#### Kooperationen mit der Wirtschaft

Entscheidend für die Stärkung der industriellen Basis in der Hauptstadtregion ist auch ein vitales Innovationsumfeld. Zum einen erfordern die Herausforderungen aus den transformatorischen Aufgaben eine Vielzahl an Innovationen, wie bspw. zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Dekarbonisierung der Produktion sowie zur Nutzung der Möglichkeiten aus der Digitalisierung. Zum anderen bieten Innovationen die Chance, Zukunftsbranchen zu erschließen und nachhaltig Wirtschaftswachstum und Gute Arbeit in unserer Region zu sichern.

Die Wirtschaftsstruktur in Berlin und Brandenburg ist vorwiegend von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt. In Berlin zählen rund 98 % aller Betriebe zu den KMU (bis zu 50 Beschäftigte), welche zugleich deutschlandweit rd. 83% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stellen. Damit sind die Voraussetzungen und Anforderungen an die Industriepolitik andere als bspw. im Südwesten Deutschlands. Festzustellen ist auch, dass die meisten der kleinen Unternehmen meist nicht über ausreichend Mittel und Kapazitäten für eigene Forschung und

472 Entwicklung verfügen und zugleich mit den Herausfor-  
473 derungen der Digitalisierung ebenfalls stark beansprucht  
474 sind.

475

476 Gemeinsame Projekte von Startups mit der etablierten  
477 Wirtschaft bieten einen Lösungsansatz sind jedoch seit  
478 Jahren rückläufig und der Anteil an Kooperationsmöglich-  
479 keiten verharrt nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau.  
480 Damit bleiben viele Potenziale aus möglichen Kooperatio-  
481 nen etablierter und junger Unternehmen in der Haupt-  
482 stadtregion ungenutzt, was letztlich negative Auswirkun-  
483 gen auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die  
484 Wirtschaftskraft in der Region hat.

485

486 Um diese Innovations- und Wachstumspotenziale bes-  
487 ser zu nutzen, fordern wir die stärkere Unterstützung  
488 bei der Vernetzung etablierter, kleiner und mittelständi-  
489 scher Unternehmen mit überregionalen Großunterneh-  
490 men. Darüber hinaus soll ein intensiverer Austausch mit  
491 den wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen  
492 in unserer Region mit den ansässigen Unternehmen erfol-  
493 gen und hierbei bestehende Strukturen, z.B. in Gestalt von  
494 Unternehmensnetzwerken und Kooperationen gestärkt  
495 und im Sinne von Best Practice sichtbarer werden. Da-  
496 bei sollte auch über eine Weiterentwicklung der Initiative  
497 Mehrwert Berlin nachgedacht werden, um die landeseige-  
498 nen Unternehmen noch besser in die Vernetzung mit ein-  
499 zubinden. Ferner müssen wichtige Vernetzungsstruktu-  
500 ren wie das Werner-von-Siemens-Center abgesichert und  
501 unter Einbindung der Sozialpartner stärker genutzt wer-  
502 den

503

504 Hierzu braucht es zum einen finanzielle Unterstützung  
505 (u.a. eine auskömmliche Förderung). Zum anderen aber  
506 auch einen umfassenden strategischen Ansatz, bspw. in  
507 Form einer Transferstrategie (wie sie Brandenburg bereits  
508 2019 vorgelegt hat), um Kooperationen gezielt zu entwi-  
509 ckeln und zu stärken. Ziel muss es sein, den Zugang zu  
510 Wissen gerade für kleine und mittelständische Unterneh-  
511 men zugänglicher zu machen. Ebenso sollte die bestehen-  
512 de Clusterstrategie beider Länder weiterentwickelt wer-  
513 den.

514

515 **Innovationsfähigkeit stärken und mehr Mut zur Grün-**  
516 **dung**

517 Die Stärke des Berliner Startup-Ökosystem und die Wi-  
518 derstandsfähigkeit der Berliner Wirtschaft hat sich in den  
519 Krisen der letzten Jahre (Corona-Pandemie, Energiekrise)  
520 bewiesen. Dieser Erfolg ist auch auf den kontinuierlichen  
521 Ausbau der Förder-, Beratungs- und Unterstützungsstruk-  
522 turen für Gründerinnen und Gründer sowie eine aktiv ver-  
523 folgte Ansiedlungsstrategie über Berlin Partner zurückzu-  
524 führen. Diese an vielen Stellen herausgebildeten Unter-

525 stützungsstrukturen gilt es weiterhin zu stärken, intensi-  
526 ver zu vernetzen und zusammenzuführen.

527

528 Die große Chance für ein weiterhin wachsendes Startup-  
529 Ökosystem und die nachhaltige Stärkung der Berliner  
530 Wirtschaft als Ganzes liegt in deren Innovationsfähigkeit  
531 und der Möglichkeit, Innovationen „schnell auf die Straße  
532 zu bringen“ und Einzelfertigungen in die Serie zu bringen  
533 (klassische Skalierung). Darüber hinaus liegen in techno-  
534 logischen wie in nicht-technologischen Innovationen die  
535 Möglichkeiten, die digitale und ökologische Transformati-  
536 on zu gestalten und mit Wirtschaftswachstum und Guter  
537 Arbeit zu verbinden.

538

539 Die Grundlage für einen industriepolitischen Ansatz für  
540 die Metropolregion Berlin-Brandenburg wird daher stets  
541 die gesamte Wertschöpfung über Branchen- und Cluster-  
542 grenzen hinaus sein und dem Leitgedanken folgen, dass  
543 Innovationen hier erdacht, ausprobiert, in Serie produziert  
544 und angewendet werden sollen und am Ende Bestand-  
545 teil eines Wirtschaftskreislaufs sind, welcher den Anfor-  
546 derungen einer ressourcenschonenden, nachhaltigen und  
547 klimagerechten Wirtschaft gerecht wird. Dabei haben wir  
548 bei der Betrachtung von Wertschöpfungsketten alle Qua-  
549 lifikationsniveaus im Blick.

550

551 Fortlaufend werden immer mehr Prozesse digitalisiert  
552 und teilweise von KI übernommen. Dies ist wichtig, um  
553 dem Fachkräftemangel zu begegnen und Arbeitnehme-  
554 re zu entlasten. Dabei muss aber stets der Mensch im  
555 Vordergrund stehen und die KI-Implementierung mitbe-  
556 stimmt erfolgen. Dabei setzen wir uns für Umschulung  
557 und Qualifizierung von durch KI-Einführung gefährdeten  
558 Arbeits- und Fachkräften ein.

559

560 Gute Arbeit bedeutet auch die Teilhabe sowie Mitbestim-  
561 mung von Beschäftigten an der Ausgestaltung von Ar-  
562 beitsprozessen. Hier soll und kann KI unterstützen und  
563 Arbeitsbedingungen verbessern. Die KI darf jedoch nicht  
564 als reines Überwachungs- und Kontrollelement einge-  
565 setzt werden und damit fundamentale Rechte von Be-  
566 schäftigten beeinträchtigen.

567

568 Die Berliner Industrie inklusive der landeseigenen Un-  
569 ternehmen bieten mit ihren Dekarbonisierungsfahrplä-  
570 nen zahlreiche Potenziale und Anknüpfungspunkte für  
571 Innovationen und einen erfolgreichen Wissens- und Tech-  
572 nologietransfer. Aus der Nachfrage dieser Unternehmen  
573 nach innovativen Lösungen im Bereich Energieeffizienz,  
574 erneuerbare Energien, Digitalisierung usw. können in Ko-  
575 operation mit den Hochschulen, Startups und etablierten  
576 Unternehmen neue Produkte und Unternehmen hervor-  
577 gehen.

578

579 Zugleich brauchen wir Absolvent:innen, die sich für ei-  
580 ne Unternehmensgründung entscheiden, wenngleich die  
581 guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt angesichts des  
582 Fachkräftemangels die Entscheidung für eine risikobe-  
583 haftete Gründung schwieriger gemacht haben. Hier gilt  
584 es mit geeigneten Maßnahmen der Information, Bera-  
585 tung und praxisnahe Erfahrungsaustausch für potenzi-  
586 elle Gründer:innen gegenzusteuern.

587

588 Die schnelle Umsetzung von Ideen und Erkenntnissen aus  
589 Wissenschaft und Forschung in die Anwendung ist ei-  
590 ne Gelingensbedingung für die Stärkung der Innovations-  
591 kraft in unserer Region. Das Instrument der Reallabore soll  
592 hierfür verstärkt Anwendung finden und die Nutzung von  
593 Reallaboren der Energiewende deutlich ausgeweitet wer-  
594 den.

595

596 Ebenso sollte der Ansatz von Advance Market Commit-  
597 ments – wie sie das Bundeswirtschaftsministerium vor-  
598 schlägt – in der Anwendung über landeseigene Unterneh-  
599 men geprüft werden. Hierbei bekennt sich die öffentliche  
600 Hand (z.B. über Ihre Betriebe) zu Innovationen und reizt  
601 über Kauf- oder Subventionszusagen für ein erfolgreich  
602 entwickeltes Produkt die Entwicklung privatwirtschaftli-  
603 cher Lösungen von Herausforderungen an.

604

605 Die EU-Kommission hat mit ihrem Ende Februar 2025 vor-  
606 gelegten “Clean Industrial Deal” lang überfällige Richtli-  
607 nien und Maßnahmen für einen gemeinsamen europäi-  
608 schen Weg hin zu einer zukunfts- und wettbewerbsfä-  
609 higen klimaneutralen Industrie vorgelegt. Diese Chancen  
610 müssen wir nutzen und umsetzen. Für die Dekarboni-  
611 sierung der Industrie werden Fördermittel bereitgestellt,  
612 durch die Einführung von Nachhaltigkeits- und Resilienz-  
613 kriterien sowie des Kriteriums “Made in Europe” in das öf-  
614 fentliche und private Beschaffungswesen zu einer Steige-  
615 rung der Nachfrage nach sauberen Produkten aus der EU  
616 führen und die EU-Beihilferegelungen werden angepasst,  
617 sodass die Genehmigung von staatlichen Beihilfen für die  
618 Einführung erneuerbarer Energien erleichtert wird.

619

620 Ergänzt wird dies durch Projekte der Forschungs- und In-  
621 vestitionsförderung sowie einem erleichterten Fachkräf-  
622 teaustausch und innereuropäischen Weiterbildungsange-  
623 bot. Des Weiteren wird es europäischen Unternehmen er-  
624 möglicht, sich zusammenzuschließen und ihre Nachfra-  
625 ge nach kritischen Rohstoffen zu bündeln. Die vielfälti-  
626 ge Industrielandschaft Berlins kann umfassend von die-  
627 sen Maßnahmen profitieren. Dafür müssen sie politisch  
628 begleitet und ein intensiver europäischer Austausch ge-  
629 pflegt werden. Um Abhängigkeiten von autokratischen  
630 Staaten zu reduzieren, bedarf es eine nachhaltigere Zu-

631 sammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und  
632 ein größeres Vertrauen in die EU.

633

634 Der Ansatz, mit Innovations-, Wissenschaftsorten bzw.  
635 so genannten Transferlaboren (Hubs, Labs, außeruni-  
636 versitäre Forschungseinrichtungen, usw.) an einem Ort  
637 Unternehmen, Start-ups zusammenzubringen (z.B. an Zu-  
638 kunftsorten) hat sich als sehr fruchtbar erwiesen und soll-  
639 te ausgebaut und durch die Verstärkung von Beratungs-  
640 formaten und -kapazitäten weiter vorangetrieben wer-  
641 den. Dabei entscheidend ist, dass sich wissenschaftliche  
642 Techniken und Methoden im Zusammentreffen mit den  
643 Fragestellungen der externen Kooperationspartner ge-  
644 genseitig befeuern, so dass wechselseitiges Lernen und  
645 gemeinsame Entwicklung ermöglicht wird.

646

647 **Wir fordern daher:**

- 648 • Das bestehende Konzept der Zukunftsorte fortzu-  
649 führen und weiter auszubauen.
- 650 • Hub- und Labstrukturen weiterzuentwickeln und  
651 enger mit den Transferstrukturen der Hochschulen,  
652 den Unternehmensnetzwerken und landeseigenen  
653 Unternehmen zu verzahnen
- 654 • Den Ansatz der Reallabore auszubauen und mit  
655 den Transferaktivitäten der Hochschulen enger ab-  
656 zustimmen.
- 657 • Die bezirkliche Wirtschaftsförderung personell und  
658 finanziell zu stärken
- 659 • Die Vernetzung von bezirklicher Wirtschaftsförde-  
660 rung, der Wirtschaftsförderung des Landes und den  
661 Unternehmensnetzwerken sowie den Hochschulen  
662 zu unterstützen, auszubauen und zugleich Doppel-  
663 strukturen abzubauen.
- 664 • Eine mit Brandenburg abgestimmte Transferstra-  
665 tegie zu entwickeln, welche sich der Potenziale  
666 der Berlin-Brandenburger Hochschullandschaft an-  
667 nimmt und zu einem besseren Austausch etablier-  
668 ter Unternehmen, Startups sowie Einrichtungen aus  
669 Wissenschaft und Forschung führt.
- 670 • Die bestehenden Förder- und Unterstützungsin-  
671 strumente stärker auf die Wertschöpfung in der Re-  
672 gion und deren Skalierung zu fokussieren.
- 673 • Die Chancen aus den geänderten beihilferechtli-  
674 chen und vergaberechtlichen Regelungen des Clean  
675 Industrial Deal zur Stärkung der Industrie in unserer  
676 Region nutzen.

677

678 **4) Industrie braucht Fläche. Beschäftigte brauchen be-**  
679 **zahlbares Wohnen**

680 **Industrieflächen sichern**

681 Industrielle Entwicklung hängt unmittelbar mit Flächen-  
682 potenzialen zusammen. Das betrifft nicht nur die Ansied-  
683 lung, sondern auch die Bestandsunternehmen. Wenn die-

684 se sich nicht räumlich in ihrem unmittelbaren Umfeld ent-  
685 wickeln können, dann bevorzugen sie eine gänzliche Ver-  
686 lagerung in Gebiete, die dies ermöglichen – im Falle von  
687 Berlin am ehesten nach Brandenburg.

688

689 Gleichmaßen wichtig ist gerade für Unternehmen in  
690 Berlin die Nähe zu industriellen Dienstleistern, Startups  
691 und Forschung und Entwicklung. Auch diese benötigen  
692 bezahlbare Gewerbeflächen.

693

694 In Berlin sind Flächen ein knappes Gut, dass unter einem  
695 hohen Konkurrenzdruck steht. Auch wenn sich viele In-  
696 dustriebereiche gewandelt haben, sind die Bedarfe beim  
697 produzierenden Gewerbe nach wie vor durch Sicherheits-  
698 bedarfe, Emissionen sowie durch Individual- und Wirt-  
699 schaftsverkehre (Ver- und Entsorgung, Lieferverkehre) be-  
700 stimmt. Konflikte mit zum Beispiel heranrückendem Woh-  
701 nungsbau sind dort vorprogrammiert, wo direkt an Ge-  
702 werbegebieten gebaut wird oder gar Teile von Gewerbe-  
703 gebieten umgenutzt werden sollen.

704

705 Industrie bleibt aber ein wesentlicher Wirtschaftszweig,  
706 der nicht nur gute – also in der Regel tarifgebunde-  
707 ne und mitbestimmte - Arbeit sichert, sondern in der  
708 Wertschöpfungskette der Stadt eine wichtige Kompo-  
709 nente bleibt (u.a. auch als Auftraggeber für die Dienst-  
710 leistungsbranche). Nicht nur, aber auch, weil im indus-  
711 triellen Bereich die „Karawane“ nicht aufgrund von „Mo-  
712 deerscheinungen“ oder kurzfristigen Förderimpulsen ein-  
713 fach weiterziehen kann.

714

715 Wer das industrielle Rückgrat unserer Wirtschaft sichern  
716 will, der muss Gewerbeflächen sichern und vor allem be-  
717 zahlbaren Gewerberaum für kleines produzierendes Ge-  
718 werbe, Startups, industrienähe Dienstleister und Logis-  
719 tik anbieten. Deswegen ist es folgerichtig, dass auch der  
720 neue Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2040 die bishe-  
721 rigen Gewerbeflächen weiter für gewerbliche Nutzungen  
722 vorsieht. Durch die Abstimmung des StEP Wirtschaft mit  
723 dem StEP Wohnen bezüglich nutzbarer Flächen sollen  
724 zukünftige Flächenkonkurrenzen vermieden werden kön-  
725 nen.

726

727 **Unsere Forderungen zur Sicherung und Entwicklung von**  
728 **Flächen für die weitere Industrieentwicklung:**

- 729 • Gemäß dem StEP Wirtschaft 2040 werden die rei-  
730 nen gewerblichen Flächen in der Regel im Umfang  
731 voll erhalten. Es ist ein Gremium aus Senat, Bezirken,  
732 Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden zu grün-  
733 den, das bei drohenden Flächenkonkurrenzen über  
734 gegebenenfalls notwendige Umwidmungen berät  
735 und entscheidet (s.u. Werkswohnen). Grundsätzlich  
736 kann aber ein solches Gremium auch den bisher

traditionell definierten Industriebegriff prüfen und erweitern, um Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern und mehr Ansiedlung und Infrastruktur möglich zu machen.

- Die im StEP Wirtschaft 2040 dargestellte Flächenkulisse ist nur zu geringen Anteilen kurzfristig aktivierbar. Wir fordern die Entwicklung eines schlüssigen Konzeptes zur Aktivierung der Flächen.
- Der Verkauf der GSG Gewerbehöfe (2007) war ein großer Fehler. Bezahlbare Gewerbeflächen sind gerade für kleine produzierende Unternehmen und industriennahe Dienstleister entscheidend. Die Gewerbehofinitiative des Senats ist unter Einbeziehung der Sozialpartner auszubauen und abzugleichen mit Möglichkeiten der Ansiedlung in räumlicher Nähe zu in der Stadt befindlichen Industriezentren. Das unterstützt auch sinnvolle Verbünde zur industriellen Transformation.
- Gewerbemieten müssen der Eigentümerwillkür entzogen werden. Es müssen auch im Gewerbemietenbereich endlich wirksame Instrumente entwickelt werden, die mindestens mittelfristige Planungen für Gewerbemieten ermöglichen. Wir brauchen rechtssichere Instrumente zur Regulierung im Bereich der Gewerbemieten. Die SPD ist aufgefordert, hier auf Bundesebene auf nachhaltig wirkende Regeln zu drängen und sie umzusetzen. Bis dahin gilt es, durch Erwerb geeigneter Flächen und Immobilien das landeseigene, bezahlbare Angebot an Gewerbeflächen und Immobilien stetig weiter auszubauen.

#### **Werkswohnen**

Schon jetzt zeigt sich, dass fehlender bezahlbarer Wohnraum die Wirtschaftsentwicklung gerade auch in den produzierenden Bereichen und bei Zukunftstechnologien hemmt. Berliner Unternehmen suchen händeringend Fach- und Arbeitskräfte aus aller Welt und die erste Frage, die sich Menschen stellen, ist, ob sie für sich und ihre Familien bezahlbaren Wohnraum finden. Aber auch junge Menschen, die nicht bei ihren Eltern leben können oder wollen und eine Ausbildung anstreben, brauchen bezahlbaren Wohnraum.

Das Land Berlin hat dies bereits für ihre unmittelbaren Arbeitnehmenden erkannt und will gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften „Beschäftigtenwohnungen“ bauen. Damit kommt es einer zentralen Verantwortung als Arbeitgeber nach. Die Aktivitäten über die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kann den Bedarf allein aber nicht decken. Daher ist hier zwingend auch der private Sektor gefordert und damit diejenigen, die am Ende von guten Fach- und Arbeitskräften profitie-

ren. Da sich aber im Mietwohnungsbereich bewiesen hat, dass der Markt es eben auch hier nicht sozial gerecht regelt und das Land von einer prosperierenden und konkurrenzfähigen Wirtschaft profitiert, muss Berlin eine Initiative für „Werkswohnen“ starten.

Obwohl das Thema Werkswohnen und in jüngster Zeit auch Azubiwohnen immer wieder in den vergangenen Jahren auf Senatsebene oder beim Steuerungskreis Industriepolitik zwischen den Verwaltungen und Sozialpartnern oftmals diskutiert wurde, blieb dies in den vergangenen zehn Jahren ohne belastbare Ergebnisse. Denn es fehlt ein strukturierter Ansatz, um dieses auch in der Tat umzusetzen.

#### **Unsere Forderungen für Werks- und Azubiwohnen:**

- Im Falle von bezahlbarem Werkswohnen oder sozialer Infrastruktur wie Betriebs-Kitas können Umwidmungen von Gewerbeflächen in die Entscheidungsfindung darüber soll ein Gremium aus Senat, Bezirken, Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden eingebunden werden. Sofern landeseigene Flächen betroffen sind, wird ausschließlich im Erbbaurecht gebaut.
- Der Senat muss die Koordinierung einer Werkswohnen-Initiative übernehmen. Eine Arbeitsgruppe wird hierzu unverzüglich eingerichtet, in der Senat, Bezirke, Sozialpartner, Wirtschaftsverbände und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam eine „Werkswohnungscharta für Berlin“ erarbeiten, die noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt wird.
- Klar ist: Nutznießer von einem verstärkten Werkswohnungsbau sind die betroffenen Unternehmen. Deswegen sind sie auch zur Finanzierung heranzuziehen und können dafür zum Beispiel auch Genossenschaften gründen oder Werkswohnungsbau bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften beauftragen. Auch die Frage des seit langem diskutierten gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus muss endlich politisch entschieden werden.
- Es wird in Berlin noch in dieser Legislaturperiode ein Azubiwerk gegründet und finanziell so ausgestattet, dass es für Auszubildende ähnlich wie das Studentenwerk eine Basisversorgung mit bezahlbarem Wohnraum anbieten kann.

#### **5) Industrie braucht Mitbestimmung**

Mit dem Masterplan Industriestadt (MPI) werden die drei Transformationslinien identifiziert, entlang derer sich die Transformation vollzieht: (1) digitale Transformation, (2) ökologische Transformation und (3) Transformation der industriellen Arbeitswelt.



843

844 Alle drei Bereiche erfordern starke Anstrengungen und  
845 sind mit erheblichen Disruptionen sowie einer hohen  
846 Veränderungskompetenz verbunden. Das bedeutet auch,  
847 dass die Beschäftigten die anstehenden Veränderun-  
848 gen umsetzen müssen. Oftmals sind sie zudem näher  
849 dran an Transformationsbedarfen, verbesserungswürdi-  
850 gen Produktionsprozessen und notwendigen Personalver-  
851 änderungen und Wissenstransfer.

852

853 Es genügt nicht, Beschäftigte in der Veränderung mitzu-  
854 nehmen, sie müssen von Beginn an eingebunden werden  
855 – auch über normale mitbestimmungspflichtige Vorgän-  
856 ge hinausgehend.

857

858 Gefestigte Mitbestimmungsprozesse und eine gute kor-  
859 poratistisches Unternehmenskultur der beiden Betriebs-  
860 parteien sind dabei wesentliche Erfolgsfaktoren für eine  
861 gelingende Transformation.

862

863 Ein zentraler Fokus sozialdemokratischer Wirtschaftspoli-  
864 tik – auch im Sinne der EU-Vorgaben – liegt daher auf dem  
865 Ausbau von Tarifbindung und Mitbestimmung.

866

867 **Unsere Forderungen: Nur mitbestimmte und tarifgebun-**  
868 **dene Arbeit ist gute Arbeit**

869 • Für Berlin ist die EU-Vorgabe einer 80 prozenti-  
870 gen Tarifbindung und Mitbestimmung Verpflich-  
871 tung seiner aktiven Wirtschaftspolitik. Ergänzend zu  
872 einem bundesdeutschen Aktionsplan legt Berlin ei-  
873 nen eigenen Umsetzungsplan auf, um dieses Ziel  
874 mittelfristig zu erreichen.

875 • Für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und  
876 -förderung sind Tarifbindung und betriebliche Mit-  
877 bestimmung Bedingung. Sollten Unternehmen die-  
878 se nicht erfüllen, können sie nur in begründe-  
879 ten Einzelfällen gefördert werden, sofern sie einen  
880 Umsetzungsplan für Tarifbindung und Mitbestim-  
881 mung vorlegen. Hierfür ist die zuständige DGB-  
882 Gewerkschaft einzubinden.

883 • Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist geleitet  
884 vom Gedanken der Sozialpartnerschaft und Vertretung  
885 der Beschäftigteninteressen. Deswegen wer-  
886 den in alle staatlichen und parlamentarischen Pro-  
887 zesse wie der Erarbeitung von Stadtentwicklungs-  
888 plänen, Wirtschaftsstrategien, neuen Förderinstru-  
889 menten, aber auch Beschäftigte betreffende Spar-  
890 maßnahmen beide Sozialpartner eingebunden. Für  
891 uns als Sozialdemokrat:innen sind der DGB und sei-  
892 ne zuständigen Industriegewerkschaften wie die IG  
893 Metall und IG BCE erste Ansprechpartner, wenn es  
894 um die Belange der Beschäftigten geht.

895 • Wirtschaftspolitik lebt vom direkten Kontakt zu den

896 Betrieben und Entscheidungsträger:innen vor Ort.  
897 Für die SPD und ihre Senatsmitglieder sind dies  
898 beide Betriebspartner. Deswegen fordern wir diese  
899 auf, bei Betriebsbesuchen stets auch den Kontakt  
900 zu den Beschäftigtenvertretungen - im industriellen  
901 Bereich Betriebsräten - und ihren Gewerkschaften  
902 zu suchen.

903

#### 904 **6) Finanzierung von Innovation und Transformation**

905 Für Investitionen durch Unternehmen jeder Größe ist  
906 letztlich der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ent-  
907 scheidend. Haus- und Förderbanken kommt hier eine  
908 Schlüsselfunktion zu. Ohne Zugang zu günstigen Krediten  
909 und Zuschussförderung werden Investitionen von klei-  
910 nen und mittleren Unternehmen erst verzögert stattfin-  
911 den, wenn diese aus Eigenfinanzierung überhaupt mög-  
912 lich sind.

913

914 Banken sind naturgemäß risikoavers und zurückhaltend  
915 bei der Vergabe bei Krediten, insbesondere bei neuarti-  
916 gen (innovativen) Technologien und „Klimainvestitionen“.  
917 Die Risikoaversität verschärft sich häufig gerade in wirt-  
918 schaftlich schwierigen Zeiten und Zeiten hoher Insolvenz-  
919 zahlen. Das trifft insbesondere auf private Hausbanken  
920 zu, welche mitunter nicht einmal bei risikoreduzierten  
921 Darlehensprogrammen der Förderbanken (IBB) zur Aus-  
922 reichung von Förderdarlehen bereit sind. Das sind zum  
923 Teil systemische Probleme (Banken verdienen in anderen  
924 Bereichen bei niedrigerem Risiko besser), die sich mit-  
925 telfristig nicht auflösen lassen. Positiver hervorzuheben  
926 sind hier die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir  
927 fordern daher, dass sich Wirtschaftspolitik, Förderbanken  
928 sowie Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu einem  
929 runden Tisch treffen, um Ideen und Maßnahmen zur Ver-  
930 besserung der Finanzierungsmöglichkeiten der in der Re-  
931 gion ansässigen Unternehmen zu entwickeln, insbeson-  
932 dere mit Blick auf die Unterstützung der Finanzierung  
933 von Investitionen. Für Ideen und Probleme, die am runden  
934 Tisch diskutiert aber auf Landesebene nicht lösbar sind,  
935 soll eine Bundesratsinitiative geprüft werden.

936

937 Ziel einer umfassenden Industriestrategie des Landes  
938 muss zugleich auch die Fortsetzung der Unterstützung  
939 beim Ausbau eines Venture Capital-Ökosystems sowie die  
940 zusätzliche Mobilisierung privaten Kapitals für Investitio-  
941 nen in Startups und Innovationen sein. Venture Capital  
942 stellt hierbei nach wie vor die wichtigste Finanzierungs-  
943 säule im Startup-Ökosystem dar.

944

945 Ziel muss es sein, dass aus Privatwirtschaft stammendes  
946 Kapital wieder in Unternehmen in der Region reinvestiert  
947 wird und sich somit die hiesige Wirtschaft aus sich selbst  
948 heraus stärkt, ohne dass es steigender öffentlicher Förder-

949 mittel bedarf.

950

951 Da Berlins Wirtschaft wie dargestellt vorwiegend durch  
952 kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) geprägt  
953 ist, gestaltet sich der Aufbau eines sich selbsttragenden  
954 Finanzierungs-Ökosystems engagierter Unternehmerin-  
955 nen und Unternehmer als besonders herausfordernd. Vie-  
956 len Kleinstunternehmen fehlen zugleich die personellen  
957 und finanziellen Ressourcen sich in Förderstrukturen ein-  
958 zubringen und selbst Teil des aktivierenden, investieren-  
959 den Ökosystems zu werden. Unser Ansatz ist es, beim Auf-  
960 bau solcher Strukturen zu unterstützen und bis zur Eta-  
961 blierung aktiv mitzuwirken (z.B. über Beteiligungsstruk-  
962 turen der IBB und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft  
963 Berlin Partner). Den Ansatz anderer Metropolregionen  
964 (wie bspw. TUM in München) zu kopieren, ist dabei nicht  
965 zielführend. Berlin-Brandenburg braucht einen eigenen,  
966 auf die Bedürfnisse der Menschen und die wirtschaftliche  
967 Struktur der Region zugeschnittenen Ansatz.

968

969 **Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder**  
970 **des Senats auf:**

- 971 • Sich auf Bundes- wie Länderebene dafür einzusetzen,  
972 die Finanzierungsbedingungen für kleine und  
973 mittelständische Unternehmen zu verbessern. Auf  
974 Landesebene sind hierzu die Darlehens- und Betei-  
975 ligungsprogramme der IBB zu prüfen und ggfs. zu  
976 verbessern.
- 977 • Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die rechtli-  
978 chen Voraussetzungen für Fondsmodelle zur Unter-  
979 nehmenfinanzierung (insbesondere im Bereich der  
980 Wachstumsfinanzierung) zu schaffen bzw. zu ver-  
981 bessern.
- 982 • Die auf europäischer Ebene geschaffenen Möglich-  
983 keiten zur Förderung im Rahmen der Transforma-  
984 tion der Industrie besser bekannt und leichter zu-  
985 gänglich zu machen.
- 986 • Sich auf Bundes- und Landesebene für die Ent-  
987 bürokratisierung des Gesellschaftsrechts und Digi-  
988 talisierung bei Gründungsprozessen und Startup-  
989 Finanzierungen ein wie es zum Beispiel in Estland  
990 längst der Fall ist

991

992 **Investitionsklima**

993 Die mit dem Wachstumschancengesetz und der jüngsten  
994 Wachstumsinitiative der letzten Bundesregierung entwi-  
995 ckelten Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachs-  
996 tums und Investitionsklimas in Deutschland greifen lei-  
997 der an vielen Stellen zu kurz. An die neue Bundesregie-  
998 rung richtet sich daher die Aufforderung, mutiger und ent-  
999 schlossener zu Maßnahmen zu gelangen, welche das In-  
1000 vestitionsklima in Deutschland verbessern. Dabei spielen  
1001 sowohl staatliche Infrastrukturinvestitionen als auch In-

1002 vestitionen der Privatwirtschaft eine maßgebliche Rolle.  
1003  
1004 Mit Blick auf die Privatwirtschaft können Investitions-  
1005 entscheidungen durch Anreize unterstützt werden, in-  
1006 dem verbesserte Regeln zur Abschreibung geschaffen  
1007 und langfristig ausgestaltet werden. „Superabschreibun-  
1008 gen“, die zu kurz angelegt sind, verfehlen allerdings ih-  
1009 re Wirkung. Vielmehr muss es darum gehen über ei-  
1010 nen langen, idealerweise 10-jährigen Zeitraum einen Rah-  
1011 men zu schaffen, welcher den Unternehmen bei Ab-  
1012 schreibungsmöglichkeiten von Klimainvestitionen Pla-  
1013 nungssicherheit verschafft. Nur wenn Regeln für Ab-  
1014 schreibungen über mehrere Wirtschaftsjahre Bestand ha-  
1015 ben, werden sie sich in der Investitionsplanung der Un-  
1016 ternehmen niederschlagen und die gewünschten Effekte  
1017 zeigen. Kurze Perioden mit Sonderabschreibungen verbes-  
1018 sern das Investitionsklima dagegen nicht, sondern führen  
1019 allenfalls zu Mitnahmeeffekten bei ohnehin geplanten In-  
1020 vestitionen.  
1021  
1022 Bei privaten wie öffentlichen Infrastrukturinvestitionen  
1023 spielt die GRW-Förderung eine maßgebliche Rolle. Die Re-  
1024 duzierung der Bundesmittel ist angesichts sich abzeich-  
1025 nender Überzeichnungen der Programme in den Ländern  
1026 ein Fehler.  
1027  
1028 Wir fordern die massive Ausweitung der GRW-Förderung  
1029 zur Stärkung von Infrastrukturinvestitionen in den Regio-  
1030 nen sowie eine verlässliche Zusage zur Kontinuität für die  
1031 kommenden Jahre.  
1032  
1033 Für den Anreiz von Investitionen fordern wir kreative An-  
1034 sätze bspw. durch „doppelt-degressive“ Abschreibungen.  
1035 Danach könnten über die nächsten 10 Jahre „Klimainvesti-  
1036 tionen“ in Deutschland degressiv abgeschrieben werden,  
1037 während zugleich der Anfangssatz der Abschreibung da-  
1038 bei ebenfalls degressiv über die kommenden 10 Jahre ab-  
1039 schmilzt. Auf diese Weise würden frühe Investitionen zu  
1040 Beginn der Dekade stärker incentiviert als späte zum En-  
1041 de der Dekade.  
1042  
1043 Wir fordern die Anpassung der AfA-Tabellen um Güter der  
1044 „Klimainvestitionen“. Noch mutiger und zugleich trans-  
1045 parenter wäre aber ein offener, adaptiver Definitionsan-  
1046 satz, um Innovationen und technische Disruptionen in  
1047 diesem Bereich sofort ohne jährliche Anpassungen der  
1048 AfA-Tabellen zu unterstützen. Dabei ist im Sinne Büro-  
1049 kratieentlastung auf den Gleichlauf der steuerlichen wie  
1050 handelsbilanztechnischen Abschreibung zu achten.  
1051  
1052 Unser Ziel muss es sein, Investitionen in die Infrastruktur  
1053 der Region zu forcieren. Denn wer hier in Substanz (ener-  
1054 getische Gebäudesanierung, energieeffiziente Produktion

1055 und gute Arbeit) investiert, geht eine langfristige Bindung  
1056 mit unserer Region ein. Derartige Investitionen sollen be-  
1057 lohnt werden.

1058

1059 Steuerliche Regelungen, welche dagegen den Abfluss von  
1060 Kapital ins Privatvermögen der Eigentümer:innen oder  
1061 die Ausschüttung an Anteilseigner:innen in Form von Di-  
1062 videnden usw. begünstigen, lehnen wir daher ab. Eine  
1063 weitere Absenkung der Körperschaftsteuer halten wir für  
1064 nicht sinnvoll, ebenso streben wir eine Anhebung der  
1065 Kapitalertragssteuer an.

1066

1067 Gewinne privater wie öffentlicher Unternehmen sollten  
1068 in die Substanz, Innovationen sowie in die Qualifizierung  
1069 der Beschäftigten und damit in die Zukunftsfähigkeit der  
1070 Unternehmen investiert werden. Derartige Investitionen  
1071 wollen wir daher mit starken Anreizen bspw. durch Erwei-  
1072 terung der Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.

1073

1074 Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem Mittelstand,  
1075 der fest in unserer Region verwurzelt ist und nicht wei-  
1076 terzieht, wenn der Wind rauer weht, sondern langfristig  
1077 (über Generationen) hier verankert ist. Für diese Unter-  
1078 nehmen sind Planungssicherheit, eine klare Rahmenset-  
1079 zung (Regulatorik und Politik) sowie der Zugang zu Fach-  
1080 kräften, Finanzierungsmöglichkeiten, ein faires Wettbe-  
1081 werbsumfeld sowie eine verlässliche Infrastruktur ent-  
1082 scheidend. Das Energiesystem ist für die meisten die-  
1083 ser Unternehmen ebenfalls von großer Bedeutung, sofern  
1084 sie sich nicht autark mit Energie versorgen können. Sie  
1085 sind daher auf den Ausbau der Netze und wettbewerbs-  
1086 fähige Energiepreise angewiesen. Der Stromnetz Berlin  
1087 kommt daher eine bedeutende Rolle beim Aufbau der  
1088 Energieinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Ausbau  
1089 erneuerbarer Energien zu. Der Ausbau der Verteilnetze  
1090 sowie Übertragungsnetze zwischen Berlin und Branden-  
1091 burg muss in den kommenden Jahren massiv beschleu-  
1092 nigt, die hierfür notwendigen Investitionen durch Senat  
1093 und Parlament sichergestellt werden. Die Rückweisung  
1094 von Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinves-  
1095 titionen aufgrund mangelnder Kapazitäten im Stromnetz  
1096 (z.B. bei Rechenzentren) darf nur die Ausnahme bleiben  
1097 und nicht zur Regel werden.

1098

1099 **Wir fordern daher:**

- 1100 • Mit langem Planungshorizont (10 Jahre) angelegte
- 1101 Regelungen zur verbesserten Abschreibung von In-
- 1102 vestitionen, insbesondere von „Klimainvestitionen“
- 1103 • Kurzfristig vorgenommene Investitionen sollen
- 1104 stärker incentiviert werden als aufgeschobene
- 1105 Investitionen.
- 1106 • Die Ausweitung der GRW-Förderung zur Stärkung
- 1107 von Infrastrukturinvestitionen in den Regionen so-

- 1108 wie eine verlässliche Zusage zur Kontinuität für die  
1109 kommenden Jahre.
- 1110 • Wir fordern den Senat auf, eine Bundesratsinitiati-  
1111 ve einzuleiten mit dem Ziel die GRW-Förderung auf  
1112 den Bereich Softwareentwicklung zu erweitern.
  - 1113 • Klarheit herzustellen über von der öffentlichen  
1114 Hand geplante Infrastrukturinvestitionen in den  
1115 kommenden Jahren und Verlässlichkeit der Umset-  
1116 zung sicherstellen. Dies insbesondere im Energie-  
1117 sektor (Strom).
  - 1118 • Einen Innovationsbonus für Unternehmen, die in  
1119 die Zukunftsfähigkeit ihrer Wertschöpfung und des  
1120 Standortes investieren und tarifgebundene und  
1121 mitbestimmte Arbeit sichern.

1122

### 1123 **Energiepreise**

1124 Die gestiegenen nach wie vor hohen Energiepreise sind  
1125 für Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen eine große  
1126 Belastung. Während einkommensschwache Haushalte in-  
1127 zwischen einen deutlich höheren Anteil ihrer Einkommen  
1128 für Energie aufwenden müssen, gilt dies auch für die Un-  
1129 ternehmen des verarbeitenden Gewerbes und energiein-  
1130 tensive Industrien, wo sich der Energiekostenanteil eben-  
1131 falls massiv erhöht hat. Dadurch wird die Wirtschaftlich-  
1132 keit einiger Branchen zunehmend in Frage gestellt.

1133

1134 Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, welches aus-  
1135 gehend von den Bedürfnissen der Verbraucher:innen zu  
1136 dauerhaft stabilen Strompreisen führt und die Bezahlbar-  
1137 keit von Strom für alle Einkommensschichten sicherstellt.  
1138 Für die Unternehmen sind Planbarkeit, Transparenz und  
1139 Kostensicherheit beim Strompreis ebenfalls von grund-  
1140 legender Bedeutung bei Investitionsentscheidungen. Die  
1141 Prämisse der ökologischen Lenkungswirkung und Inves-  
1142 titionsförderung über den Strompreis muss deshalb dort  
1143 überprüft werden, wo starke Volatilitäten am Strommarkt  
1144 den Unternehmen die Planungssicherheit nehmen und  
1145 sie gegenüber fossilen Energielieferanten benachteiligen  
1146 oder gar ihren Bestand gefährden.

1147

1148 Hierbei gilt es, die Strompreise zuerst von Steuern und  
1149 Abgaben zu entlasten. Die Reduzierung der Netzentgel-  
1150 te ist hierzu ein richtiger Schritt, dem die Reduzierung der  
1151 Stromsteuer folgen muss. Darüber hinaus sollte die Sen-  
1152 kung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Strom ge-  
1153 prüft werden, insbesondere deshalb, weil die Mehrwert-  
1154 steuer lediglich die Verbraucher:innen belastet.

1155

1156 Auf europäischer Ebene müssen Maßnahmen getroffen  
1157 und verstärkt werden, welche die internationale Wettbe-  
1158 werbsfähigkeit einer zunehmend dekarbonisierten, euro-  
1159 päischen Wirtschaft und deren erneuerbarer Energiesys-  
1160 temen gegenüber internationalen Wettbewerbern, die

1161 nach wie vor auf fossile Energieträger setzen, herstellt.  
1162 Das CBAM ist ein wirkmächtiger Mechanismus, um Car-  
1163 bon Leakage zu verhindern. Wir fordern dazu auch die Strom-  
1164 preiscompensation der EU zu evaluieren und ggfs. zu ver-  
1165 bessern.

1166 Durch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit  
1167 unserer Industrie hat diese sich im internationalen Wett-  
1168 bewerb auch trotz höherer Energiepreise bereits vor der  
1169 Energiekrise gut behaupten können und wird dies auch  
1170 künftig tun können, wenn der Unterschied bei den Ener-  
1171 giepreisen reduziert werden kann – Deutschland wird da-  
1172 bei auch künftig ein höherpreisiges Energieland bleiben.  
1173 Wir fordern daher den Bund auf, Maßnahmen zur Redu-  
1174 zierung der Energiepreise unter Beibehaltung eines Trans-  
1175 formationsdrucks auf energieintensive Industrien zu ent-  
1176 wickeln und kurzfristig einzuführen. Dies kann ein Brü-  
1177 ckenstrompreis für die Industrie oder marktgestütztes  
1178 Design für einen Industriestrompreis sein. Ein Industrie-  
1179 strompreis sollte jedoch so angelegt sein, dass sich dieser  
1180 nicht dauerhaft von realen Strompreisen entkoppelt, son-  
1181 dern mit absehbarem und damit für die Unternehmen er-  
1182 wartbarem/planbarem Ende auf einen weitgehend unre-  
1183 gulierten, marktbestimmten Strompreis hinführt und so-  
1184 mit überhaupt erst die Wettbewerbsfähigkeit der deut-  
1185 schen Industrie auch in Zukunft sicherstellt. Eine dauer-  
1186 hafte Subvention von Industriestrompreisen aus öffentli-  
1187 chen Mitteln lehnen wir daher ab.

1188

1189 Wir fordern die konsequente Ausgestaltung des CO2-  
1190 Preisregimes in der EU, um fossile Energieträger sowie auf  
1191 fossilen Energieträgern basierende Dienstleistungen und  
1192 Produkte gegenüber auf erneuerbaren Energien basieren-  
1193 de Dienstleistungen und Produkten zu diskriminieren. Es  
1194 darf sich für Unternehmen schlicht nicht mehr rechnen,  
1195 weiterhin auf fossile Energieträger zu setzen.

1196

1197 **Wir fordern daher:**

- 1198 • Entlastung des Strompreises von Abgaben und  
1199 Steuern
- 1200 • Neuentwicklung des Strommarktdesigns
- 1201 • Ausbau und Verbesserung des CO2-Regimes für den  
1202 Europäischen Wirtschaftsraum
- 1203 • Prüfung eines Brückenstrompreises bzw. eines tem-  
1204 porären Industriestrompreises
- 1205 • Verbesserung und Weiterentwicklung von CBAM so-  
1206 wie Strompreiscompensation der EU

1207

1208 **Gute Arbeit durch starke Wirtschaft:**

1209 **Eine umfassende, sozialdemokratisch geprägte Industrie-**  
1210 **politik ist der Garant für zukünftigen Wohlstand in unse-**  
1211 **rer Region!**

1212 Mit diesem Beschluss legt die SPD Berlin für die kom-  
1213 menden Jahre ein stringentes und geschlossenes Konzept

1214 für die Sicherung und den Ausbau für einen innovativen,  
1215 nachhaltigen und zukunftsfähigen Industriestandort in  
1216 Berlin und der Hauptstadtregion vor. Berlin-Brandenburg  
1217 kann so auch Motor einer Sicherung des Industriestand-  
1218 ortes Ostdeutschland werden.

1219

1220 Die Berliner Sozialdemokratie lässt sich damit an ihrem  
1221 Anspruch messen, auch mit ihrer Industriepolitik eine  
1222 fortschrittliche Partei der guten Arbeit zu sein und damit  
1223 wichtige Grundlagen für Wohlstand und Wachstum zu le-  
1224 gen.

1225

#### 1226 **Begründung**

1227 Mit diesem industriepolitischen Antrag legen wir einen  
1228 umfassenden Vorschlag vor, wie die Industriepolitik der  
1229 Berliner SPD in den kommenden Jahren gemeinsam mit  
1230 Brandenburg weiterentwickelt werden soll und welche  
1231 Initiativen auf Bundesebene angestrebt werden sollen.  
1232 Der Umfang dieses Antrags rechtfertigt sich nicht nur aus  
1233 der Notwendigkeit dringend notwendiger industriepoliti-  
1234 scher Entscheidungen und wichtiger Signale an die Wirt-  
1235 schaft, sondern auch vor dem Hintergrund schwieriger,  
1236 teils von Missverständnissen geprägter Debatten im Lan-  
1237 desverband in der Vergangenheit. Um es vorwegzuneh-  
1238 men: Industrie ist nicht in Konkurrenz zum starken Dienst-  
1239 leistungssektor Berlins und erst recht nicht in Konkur-  
1240 renz zum starken Kultur- und Kreativwirtschaftssektor der  
1241 Stadt zu sehen, Industriepolitik ist eine elementare, tra-  
1242 gende Säule unserer Wirtschaftskraft in der Region.

1243

1244 Die Industrie ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund 8  
1245 Mio. Beschäftigten in Deutschland. Hinzu kommen Millio-  
1246 nen von Arbeitsplätzen in Unternehmen in den vor- und  
1247 nachgelagerten Dienstleistungsbranchen, die von Aufträ-  
1248 gen der Industrie profitieren und der Industrie zugleich  
1249 wichtige Anwendungen liefern.

1250

1251 Die Beschäftigten in der Industrie weisen dazu einen über-  
1252 durchschnittlichen Organisationsgrad in Gewerkschaf-  
1253 ten auf. 64 Prozent der Beschäftigten in Industriebe-  
1254 trieben ab fünf Beschäftigten arbeiten in Betrieben  
1255 mit einem Betriebsrat, in der Gesamtwirtschaft sind  
1256 es nur 38 Prozent (Angaben des Bundeswirtschaftsmi-  
1257 nisteriums: Industriepolitik in der Zeitenwende. Indus-  
1258 triestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschafts-  
1259 sicherheit stärken. Bundesministerium für Wirtschaft  
1260 und Klimaschutz (BMWK), Oktober 2023, online abrufbar  
1261 unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikatio->  
1262 [nen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf), S.  
1263 10ff.).

1264

1265 Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie sind damit  
1266 weitestgehend Arbeitsplätze mit guter Arbeit und sta-



1267 tistisch betrachtet meist deutlich besser bezahlt (ca.  
1268 +10% gegenüber dem Dienstleistungsbereich – einzel-  
1269 ne Ausnahmen gibt es im IKT-Bereich). Eine Debatte  
1270 des Entweder-oder wollen wir nicht führen, sondern ei-  
1271 nes Sowohl-als-auch. Arbeitsplätze in der Industrie indu-  
1272 zieren häufig Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleis-  
1273 tungssektor. Die Industrie ist daher nicht nur eine attrakti-  
1274 ve Arbeitgeberin, sondern häufig auch Auftraggeberin für  
1275 die Dienstleistungsbranche, v.a. in allen Bereichen der Di-  
1276 gitalisierung. Beide Sektoren sind zudem in vielen Berei-  
1277 chen ihrer Wertschöpfung untrennbar miteinander ver-  
1278 zahlt.

1279

1280 Die Stärke unserer Region liegt gerade im Mix der Bran-  
1281 chen und der Vielfältigkeit der Unternehmenslandschaft  
1282 und ihrer stetig wachsenden Internationalität. Dieser  
1283 Branchenmix hat uns widerstandsfähiger – resilienter –  
1284 gegenüber den Krisen der letzten Jahre gemacht. Dabei  
1285 überlagerten sich krisenhafte Zustände der Wirtschaft in  
1286 den vergangenen Jahren und es ist zu befürchten, dass  
1287 dieser Zustand noch anhalten wird. Der Ökonom Adam  
1288 Tooze hat die Situation in einer Rede 2022 sehr gut zu-  
1289 sammengefasst, in der er vortrug, dass wir „in einer um-  
1290 fassenden Krise der Globalisierung“ stehen, „die schon  
1291 vor einiger Zeit begann, nicht erst mit dem 24. Febru-  
1292 ar [2022], und die sich auf verschiedenen Ebenen entfal-  
1293 tet: global, national und regional. Diese Krise der Globa-  
1294 lisierung gestaltet sich heterogen. In ihr überschneiden  
1295 sich Kriege, geopolitische Spannungen, die Klimakrise, ei-  
1296 ne Pandemie wie auch massive Spannungen im Weltwirt-  
1297 schaftssystem. Und alle diese Herausforderungen poten-  
1298 zieren sich gegenseitig, sodass tatsächlich der Effekt ent-  
1299 steht, dass das Ganze noch schlimmer ist als die Folgen  
1300 der Einzelkrisen für sich alleine betrachtet (Adam Tooze,  
1301 in: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland  
1302 auf dem Prüfstand. Willy Brandt Lecture 2022; Schriften-  
1303 reihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 36.  
1304 Berlin, 2022. S. 23). Tooze konnte damals noch nicht erah-  
1305 nen, dass es nun mit einer zweiten Trump-Administration  
1306 vermutlich zu einer weiteren Verschärfung globaler Kri-  
1307 sen kommt (u.a. durch sogenannte Handelskriege).

1308

1309 Vor diesem Hintergrund müssen wir feststellen, dass die  
1310 Wachstumsdynamik besonders der deutschen Industrie  
1311 in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat. Dies wird  
1312 vor allem mit Blick auf die Investitionen deutlich, wonach  
1313 weniger als 12 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in pri-  
1314 vate Investitionen fließen. Damit fällt Deutschland weit  
1315 hinter seine Wettbewerber (z. B. USA mit 13 %, Frankreich  
1316 mit 14 % und Schweden mit 16 % des BIP) zurück (Zahlen  
1317 aus: Transformationspfade für das Industrieland Deutsch-  
1318 land Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda.  
1319 Boston Consulting Group, September 2024, online unter:

1320 <https://bdi.eu/artikel/news/transformationspfade-fuer->  
1321 [das-industrieland-deutschland-studie-kurzfassung,](https://bdi.eu/artikel/news/transformationspfade-fuer-) S.  
1322 2ff.).

1323

1324 Angesichts anstehender, dringend notwendiger Klima-  
1325 und Transformationsinvestitionen müsste das BIP deut-  
1326 lich steigen. Stattdessen verliert die einstige Stärke der  
1327 deutschen Industrie und ihr technologischer Vorsprung  
1328 bspw. in Bereichen der Verbrennertechnologie zuneh-  
1329 mend an Bedeutung während sie zugleich droht, bei Zu-  
1330 kunftstechnologien wie Software, Elektromobilität, Spei-  
1331 chertechnologien, usw. den Anschluss zu verlieren.

1332

1333 Hinzu kommen die Herausforderungen aus dem demo-  
1334 grafischen Wandel, welcher das über Jahrzehnte starke  
1335 Arbeits- und Fachkräfteangebot Deutschlands schwächt.  
1336 Darüber hinaus drohen migrationskritische und nationa-  
1337 listische Debatten die zur Kompensation der Demografie  
1338 dringend notwendige Fachkräftezuwanderung weiter zu  
1339 dämpfen.

1340

1341 Dabei stehen die Chancen für die deutsche und die euro-  
1342 päische Industrie insgesamt nicht schlecht, wenn jetzt die  
1343 richtigen wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen erfol-  
1344 gen. Die Klimatransformation, Digitalisierung und der Ge-  
1345 sundheitssektor lassen derzeit Milliardenmärkte entste-  
1346 hen, allein in diesen Bereichen werden bis 2030 globale  
1347 Umsätze von mehr als 15 Billionen Euro pro Jahr erwar-  
1348 tet (Boston Consulting Group). Daraus erwachsen für den  
1349 in Deutschland traditionell starken Anlagen- und Maschi-  
1350 nenbau sowie die Elektroindustrie enorme Wachstums-  
1351 chancen.

1352

1353 Wir unterstützen das mit dem in der Industriestrategie  
1354 des Bundes 2023 formulierten Leitbild, dass wir Deutsch-  
1355 land als starken Industriestandort in seiner ganzen Viel-  
1356 falt erhalten wollen. Ebenso richtig ist, dass diese Strate-  
1357 gie alle Unternehmensgrößen vom Weltkonzern über die  
1358 mittelständischen Hidden Champions bis zum Kleinbe-  
1359 trieb in den Blick nimmt. Für unsere Region leitet sich da-  
1360 mit ab, dass die vorwiegend von kleinen und mittelstän-  
1361 disch geprägte Unternehmenslandschaft gestärkt und zu  
1362 weiterem Wachstum in unserer Region befähigt werden  
1363 soll.

1364 Grundlage für die Sicherung künftigen Wachstums wird  
1365 die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft als Ganzes  
1366 und der Industrie im Speziellen sein. Die Industriestrategie der Bundesregierung zeigt dabei auf, dass die Patent-  
1367 anmeldungen aus der Industrie nach wie vor sehr stark  
1368 sind und die Innovationstätigkeit und -fähigkeit der deut-  
1369 schen Industrie unterstreichen. Im internationalen Ver-  
1370 gleich ist hier jedoch noch reichlich Luft nach oben.

1372 Gemeinsam mit den Sozialpartner:innen ist die Berliner

1373 SPD die einzige Partei, die einen ganzheitlichen Politikan-  
1374 satz für diese Branchen verfolgt und Lösungen anbieten  
1375 kann.

1376 Wir wollen die Stärken unserer Region ausspielen, aus-  
1377 bauen und dabei stets europäisch denken. Keine Unter-  
1378 nehmensführung denkt und plant heute noch in Gren-  
1379 zen von Bundesländern. Der Blick fällt stets auf Regionen,  
1380 deren Menschen und die dort vorhandenen Potenziale.  
1381 Für Berlin und Brandenburg bedeutet dies, sich auf ge-  
1382 meinsame Potenziale und Chancen zu fokussieren und die  
1383 Zusammenarbeit und Austausch auf allen Ebenen weiter  
1384 auszubauen.